



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die letzten Reichstagsreden des Kanzlers.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die letzten Reichstagsreden des Kanzlers.



Die Liberalen haben, wie im letzten Briefe vorausgesagt wurde, in der That zu früh triumphirt, als sie rühmten, ihre Gegner hätten nach der Rede Richters bei der Generaldebatte über das Reichsbudget schweigen müssen, weil diese Rede unanfechtbar und unwiderlegbar gewesen. Die parlamentarischen Kämpfe der letzten Woche haben gezeigt, daß die Phrasen und Sophismen des Vorsehlers der Fortschrittspartei nicht nur auf recht schwachen Füßen stehen, sondern eitel Nichtigkeiten sind, wenn der rechte Mann über sie kommt. Und mit den Kundgebungen der übrigen Koryphäen des liberalen Lagers verhält sich nicht anders. Welch ein Bild: der Kanzler gegenüber dieser Opposition! Wesen gegenüber dem Schein, Fülle gegenüber der Leere. Hier eine tiefe Ueberzeugung, ein starker Wille, ein mächtiges Pflichtgefühl, ein vornehmer Sinn, dort, tief unter alledem, ein Breittreten oberflächlicher Meinungen, schwächliche Velleitäten, hohles Pathos und — wir finden das parlamentarische Wort nicht, welches das bezeichnen würde, was dem vornehmen Sinne gegenüber sich kundgab. Hier ein großer Patriot, ein Staatsmann ersten Ranges, ein schöpferischer Geist, dort ein Gezerr und Genörgel superfluger Professoren- und rechthaberischer Advocatenweisheit, Kunststücke von Handwerkspolitikern, öde Doctrin, kleine Gesichtspunkte, Sterilität und Impotenz. Hier der Odem der Weltgeschichte, dort das ärmliche Gerede von Fractionsphilistern. Hier der Humor des Genius, dort Späße und Schwänke, die meist aus Bierhaus denken ließen. In der That, wenn man sich das Ganze des viertägigen Redekampfes jetzt vergegenwärtigt, sieht es ungefähr wie Herakles und die Pygmäen aus.

Wir wollen aber nicht weiter auf Dinge aufmerksam machen, welche sich jedem, der sich nicht in die Denkweise der Fortschrittspartei und ihrer Verbün-

deten verloren hat, von selbst aufdrängen müssen. Nützlicher scheint es uns, in einem Ueberblick über das, was der Reichskanzler seinen Gegnern zu hören gab, die Hauptwahrheiten hervorzuheben, die er damit zugleich der Nation zur Ueberlegung und Beachtung empfahl. Die Reden der liberalen Reichsboten werden bald von dem Winde verweht sein, mit dem sie verwandt sind. Vieles andre wird ihnen folgen. Wenn die Opposition noch lange im gegenwärtigen Sinn und Stil fortnegirt, keine Reform aufkommen läßt und selbst keine zu leisten imstande ist, so wird sie denselben Weg ins Gebiet der Unmöglichkeiten gehen. Auch „das Glück von Edenhall“ — man wird das Bild hoffentlich begriffen haben — könnte, wenn ihm von jener Seite zu viel Haltbarkeit zugemuthet würde, wenn man mit zu grober Hand experimentirte, einmal zerschellen. Es könnte sich das Wort Schwarzenbergs wiederholen: „Diese Einrichtung hat sich nicht bewährt.“ Sene Hauptwahrheiten in den letzten Reichstagsreden des Kanzlers aber werden feststehen und in der Geschichte fortleben, und darum sollen sie hier verzeichnet und dem Volke zum Nachdenken und zum Entschlusse für die Zeit ans Herz gelegt werden, wo es wieder einmal zu wählen gilt.

Der kategorische Imperativ des Pflichtgefühls gebot dem Kanzler, alles, was in seinen Kräften stand, zur Vollendung und Befestigung der bestehenden Reichseinrichtungen zu thun, und keine Mißbilligung der Opposition wird ihn abhalten, diesen Weg weiter zu verfolgen. Das Reich würde, wenn man zu diesem Zwecke eine Anzahl verantwortlicher Minister neben den Reichskanzler stellen wollte, nicht gefestigt, sondern der einheitlichen Führung beraubt und dadurch gelockert werden. Der Zweck wurde infolge dessen durch Bervollkommnung und Verbesserung der wirthschaftlichen Zustände und der Finanzlage Deutschlands, in der Befestigung des innern Friedens und im Geltendmachen der noch nicht ins Leben getretenen Verfassungsbestimmungen zu erreichen gesucht, wobei zuletzt vor allem die Wohlthat eines einheitlichen Zoll- und Handelsgebietes ins Auge gefaßt war. Bei diesen Bestrebungen sieht sich der Kanzler vom Parlamente weniger unterstützt als von den Regierungen. Diese geben gegenwärtig stärkere Bürgschaften für die Erhaltung und Förderung der deutschen Einheit als der in Parteien und Fractionen zerfahrene Reichstag, dessen Mehrheit jenes Streben des Kanzlers nach der Einheit als Bedrückung des Schwachen durch den Starken und als verfassungsmäßig unberechtigt auffaßt, und in dem der Particularismus auch sonst eine breitere Stellung einnimmt als früher.

Wenn gerathen wird: man nehme liberale Minister, so ist das kein Ausweg, der Erfolg verspricht. Diese Minister müßten eine Majorität hinter sich haben. Wir haben aber im Reichstage acht Fractionen, von denen keine einzige die Majorität bieten kann, und von denen kaum eine imstande ist, mit einer oder zwei andern gemeinschaftlich ein positives Programm aufzustellen. Nur in der Negation dessen, was die Regierung, was der Kanzler, seinem Pflichtgefühl

gegenüber dem Kaiser und dem Reiche folgend, vorschlägt, findet sich bald eine große Mehrheit von Abgeordneten zusammen. Dann schreit man, wenn der Kanzler nach seiner besten Ueberzeugung Vorlagen macht, über Kanzlerdictatur, Absolutismus, Reaction und andre Gespenster, die sich da einstellen, wo der Sinn für das Wirkliche und Thatsächliche mangelt. Die liberalen oder genauer die freihändlerischen Fractionen wollen nicht, daß der Reichskanzler ihnen Gesetzentwürfe nach seiner Ueberzeugung zur Annahme oder Ablehnung unterbreitet, sie verlangen, daß er, diese Ueberzeugung opfernd, sich als Diener den Fractionen zur Verfügung stelle, und da er dies bisher nicht gethan hat, so haben sie ihn, von den Conservativen bis zu den extremsten Liberalen, mit allen Kräften und Mitteln, die ihnen zur Hand waren, angefeindet und verleumdet. Der Kanzler hat jede Fraction bekämpfen müssen, weil jede die kaiserliche sowohl wie die königlich preußische Regierung sich unterordnen, ihren Anschauungen und Zwecken dienstbar machen wollte. Die Conservativen haben (bei dem Schulaufsichtsgesetz) damit angefangen. Mit dem Centrum gerieth der Kanzler durch die historische Entwicklung in einen Conflict, der sofort aufgehört haben würde, wenn jener sich bereit erklärt hätte, der Fraction zu Willen zu sein. Auf seiten der Nationalliberalen fand er wesentliche Unterstützung, bis die Herren glaubten, nun sei es genug, von jetzt an müsse die Regierung sie unterstützen. Nicht der Kanzler hat die nationalliberale Fraction zuerst angegriffen und in ihrem Bau zu zerstören versucht, sondern jene hat ihm das Bündniß gekündigt und ihn erst dilatorisch, dann kühl, darauf abwehrend und zuletzt feindselig behandelt. Vor allen war es der Abgeordnete Lascher, der die Beziehungen des Kanzlers zu den Nationalliberalen durch die Tragweite und den Ton seiner Opposition untergrub. Er und die Nationalzeitung haben die Partei zersezt und aufgelöst. Sie werden in der parlamentarischen Geschichte einst als die Todtengräber der Nationalliberalen figuriren. Dieser Flügel der Lehtern war es, der nach 1877 der Regierung im preußischen Landtage die natürlichsten, nachher mit Leichtigkeit bewilligten Dinge abschlug, lediglich um auf den Kanzler einen Druck zu üben. Wenn dieser mit den Fractionen gekämpft hat, so geschah es immer in Vertretung des Reiches gegen jene, des nationalen Patriotismus gegen den durch Fractionsrücksichten beschränkten und geschwächten Patriotismus.

Auch wenn die letzten Wahlen, wie behauptet wurde, wirklich eine liberale Majorität zu Tage gefördert hätten, würde der Kanzler an seiner Ueberzeugung festhalten und, so lange er auf seinem Posten bliebe, der Volksvertretung des Reiches dieselben Vorlagen zugehen lassen, die der Kaiser in seiner Botschaft angekündigt und befürwortet hat. Das Ergebniß der Wahlen ist aber überschätzt worden. Es bedeutete keine Verurtheilung der wirthschaftlichen und socialen Vorlagen durch die „Nation,“ mit welchem Ausdrucke die liberalen Redner die ihnen in ihrem Wahlkreise zugefallene Stimmenmehrheit zu bezeichnen liebten. In der Wahl eines Centrumsmitgliedes, eines Conservativen, eines Freiconfer-

vativen, ja selbst eines Nationalliberalen liegt eine solche Verurtheilung keineswegs mit Nothwendigkeit. Dieselbe liegt nur in den secessionistischen Wahlen, weil diese Fraction den Freihandel und alle Gegentheile der Reformen, die der Kanzler erstrebt, an die Spitze ihres Programms gestellt hat. Sodann aber, wenn man fragt, wie viele Wähler sich für und wie viele sich gegen die Regierung ausgesprochen haben, so ergiebt sich, daß bei den ersten Wahlen, wo man frei für den Mann seines Glaubens votiren konnte — bei den Stichwahlen war dies nicht der Fall, da befand man sich in der Zwangslage, von zwei nicht sympathischen Candidaten den weniger unsympathischen hinnehmen zu müssen —, die conservative Fraction die einzige größere Parteigruppe ist, die einen Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen hatte.

Der Kanzler bezeichnete sich als den Anwalt des praktischen Lebens gegenüber dem Wissen und den Ansprüchen der Studirstube. Er hat sich Kenntniß von diesem Leben erworben, auch in Betreff der innern Fragen, er ist in der Lage gewesen, Landwirthschaft und Fabriken zu betreiben, er hat die Welt von verschiedenen Seiten gesehen, von oben und aus ländlicher Abgeschiedenheit her, er kann daran erinnern, daß er außerhalb der grauen Theorie, unter dem goldnen Baume des Lebens die Erfahrungen gesammelt hat, nach denen er die innere Politik bisher leitete. Wenn diese Leitung den liberalen Herrschaften nicht behagt, so ruft er ihnen zu: Schaffen Sie mir meinen Abschied in Gnaden vom Kaiser, dann lasse ich Sie ihre ganze innere Politik selbst besorgen, weil es sich nur um Meliorationen und nicht um einen nothwendigen Zwang handelt. Wenn Sie die Meliorationen nicht mögen, wenn Sie keine Verbesserung unseres Zollsystems, unsrer Armenpflege, keine Unterstützung und Erleichterung der Gemeinden, keine Verminderung der directen Abgaben wollen, wenn Sie Abschaffung der Zölle und Verdoppelung der Klassensteuer wünschen, so versuchen Sie getrost, jener Abneigung und diesen Wünschen durch Ihre Abstimmung Geltung zu verschaffen. Ich kann es aushalten. Lehnen Sie die Reformen ab, welche die Reichsregierung nach dem Willen des Kaisers Ihnen vorschlägt, so werden sie unterbleiben müssen; denn von Tyrannei und Absolutismus zur Erzwingung der Meliorationen ist nicht die Rede. Aber merken Sie wohl, meine Herren, und überlegen Sie sich die Folgen: die Verantwortung dafür, daß nicht reformirt, nicht meliorirt, den Bedürfnissen des Reichs und der Nation nicht Befriedigung gewährt wird, weise ich von mir ab, und meine ganze öffentliche Thätigkeit wird dahin gerichtet sein, diese Verantwortung dahin abzulenken, wohin sie gehört.

Einer von den Führern der Fortschrittspartei hatte „wahres constitutionelles Leben“ als sein Verlangen bezeichnet und darunter das parlamentarische System verstanden, das er in einem „organischen Verhältnisse der Regierung zu den großen Strömungen der Nation,“ d. h. zu den Parteien, erblickte. Die Erwiderung des Reichskanzlers faßt sich in folgende kurze Sätze zusammen.

Weber die deutsche noch die preußische Verfassung kennt ein parlamentarisches System, wie es dem Vorredner vorschwebt. Die preußische behandelt die drei Factoren der Gesetzgebung, den König (nicht die Regierung) und die beiden Häuser des Landtags, auf gleichem Fuße, die deutsche giebt dem Kaiser, nicht der Reichsregierung, bestimmte Rechte. Die Politik, die im Reiche getrieben wird, ist zwar vom Reichskanzler zu verantworten, aber Politik des Kaisers. Das Princip der Fortschrittspartei ist insofern nicht monarchisch, als es das Wort zur Grundlage hat, welches die englische Aristokratie nach der Revolution zur Befestigung ihrer Herrschaft aussprach: „Der König kann nicht Unrecht thun.“ Damit war derselbe mundtot gemacht, ohnmächtig und obsolet. Das war, vom Standpunkte des englischen Adels gesehen, eine weise Einrichtung, indem er sich auf diese Weise zwischen Krone und Volk schob, deren Beziehungen nun allein durch ihn vermittelt werden konnten. In England konnte sich diese Tradition entwickeln, bei uns nicht, da wir für das Reich wie für die Einzelstaaten geschriebene Verfassungen haben, welche die Rechte des Souveräns klar und genau definiren. Darnach ist der Standpunkt falsch, nach welchem der König von Preußen nicht direct zu seinem Volke, der Kaiser nicht zur Nation sprechen kann. Daß der Reichskanzler dafür mit seiner Namensunterschrift die Verantwortung übernimmt, daß er bereit ist, die Meinung, die der Kaiser ausspricht, zu vertreten, ändert nichts an der Thatfache, daß dies die verfassungsmäßig berechnigte Aeußerung des Kaisers ist. Der letztere hat eine viel freiere Verfügung als der Kanzler, der ohne die kaiserliche Genehmigung keinen Schritt thun und der, wenn er eigne Politik triebe oder die des Kaisers nicht mit seiner Unterschrift versehen wollte, sofort entlassen werden könnte. „Ich vertrete die kaiserliche Politik,“ fuhr der Reichskanzler fort, „und so constatire ich hier meine Ueberzeugung: es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiser Wilhelm im deutschen Reiche zu verbieten, daß er zu seinem Volke spricht. Den Kaiser Wilhelm nach zwanzig Jahren unsrer Geschichte mundtot zu machen, ist ein vergebliches Beginnen. Wie wollen Sie dem Manne, der auf seine Verantwortung die große Politik gemacht hat, die Möglichkeit abschneiden, eine eigne Ueberzeugung zu haben, und wenn er sie hat, sie auszusprechen? . . . Der Vorredner sagt, der Monarch ist der feste Punkt. Ich diene dem Monarchen, dem festen Punkte. Noch heute ist die Basis meiner Politik in dem Princip der angeborenen Unterthanen- und Vasallentreue und der Dienstbereitschaft gegeben, die mich vor zwanzig Jahren bewogen, alle übrigen Rücksichten beiseite zu lassen und mich dem Könige zu Diensten zu stellen. Ich hoffe nicht, daß diese Gesinnung mit mir ausstirbt, aber so lange ich lebe, wird es einen Royalisten und einen sichern Diener des Königs geben.“

Der oben ange deutete Redner hatte sich gegen die Behauptung verwahrt, daß die Fortschrittspartei und die nach ihrem Standpunkte hingleitenden Fractionen endlich bei der Republik anlangen müßten. Der Reichskanzler wies, indem er diese Be-

hauptung rechtfertigte, auf die Geschichte hin. Zunächst auf die Girondisten, welche überall eine Ordnung in dem liberalen und humanen Sinne, wie er der Fortschrittspartei vorschweben möge, herstellen gewollt und überall über ihr Ziel hinausgelangt sind. Und so ging es weiter in Frankreich. Es gab dort eine erbliche, solid erbaute Monarchie mit sehr verständigen Verfassungen, mit allen möglichen monarchischen Formen, mit Restauration und Kaiserthum. Alles das ist durch den Parlamentarismus in die republikanische Bahn geglitten. In andern Ländern hat die Praxis der Vorsehung sich nicht in gleichem Maße entwickeln können, weil sie nicht so selbständig dastehen wie Frankreich. Wären z. B. Holland und Belgien so groß und unabhängig wie dieses, so würde nach ihrer ganzen politischen Auffassung und Bewegung zu bezweifeln sein, ob sie sich heute noch innerhalb des Stadiums der Monarchie befänden. Nehmen wir Italien. Hier hat man die Republik schon local und vorübergehend gehabt. Jetzt spukt sie wenigstens in vielen Köpfen als Zukunftsbild für die Gesamtheit, und man ist dort dem deutschen Fortschritte weit voraus. Wenn Gott dort nicht die Dynastie erhält, die nur auf wenigen Augen steht, so kann niemand dafür bürgen, daß der Endpunkt, dem die dortige Entwicklung seit zwanzig Jahren zustrebt, erreicht wird. Jedenfalls ist dort von Regierung zu Regierung der Schwerpunkt des politischen Lebens weiter nach links gerückt, so daß das Land, ohne republikanisch zu werden, nicht weiter links rücken kann. Auch in Spanien hat man infolge des parlamentarischen Systems, das die Fortschrittspartei im Auge hat, temporär die Republik gehabt, ja verschiedene Arten derselben, die einander bekämpften. Und in Deutschland — als hier die Dinge sich selbst überlassen waren und der preussische „Militarismus“ noch keinen Damm setzte, hat man da nicht in Baden dieselbe Bereitwilligkeit gezeigt, die Monarchie über Bord zu werfen und die Republik einzuführen? Jene Prophezeiung von dem Ziele, dem die Fortschrittspartei mit ihren Anschauungen und Tendenzen zugleitet, sind also keineswegs frivol und unhaltbar. „Die Geschichte spricht für mich,“ schloß der Kanzler. „Die Doctrinäre der Wissenschaft haben sich gegen mich geäußert. Ich halte mich an die Geschichte. . . Und ich bin ja auch in einer Stellung, wo ich beobachten kann, und ich habe wenigstens in der auswärtigen Politik zwanzig Jahre lang den Beweis geliefert, daß meine Augen nicht ganz blind sind für die Eventualitäten, denen die Geschichte uns entgegenführen kann. Also mit dem Gewichte meiner Erfahrung und Stellung spreche ich als Zeuge mich dahin aus, daß die Politik der Fortschrittspartei uns langsam der Republik entgegenführt. Nicht die jetzigen Herren, ich bin weit entfernt, sie dessen zu beschuldigen. . . Ich kann nur sagen, die Art und Stellung, welche die Monarchie von ihren Ministern verlangt, ist nicht die, welche den Herren vorschwebt. Ich zweifle ihren aufrichtigen Willen, die constitutionelle Monarchie in ihren äußersten Grenzen zu verwirklichen, in keiner Weise an; ich glaube nur, sie beherzigen die Lehren der Geschichte nicht, sie drücken ihnen gegenüber die

Augen zu, sie sind nicht imstande, die Maschine aufzuhalten, wenn sie da angekommen ist, wohin sie sie geleitet haben. Der Weg wird abschüssig, und sie können der gewaltigen Last von 45 Millionen nicht Halt commandiren, sie wird sie überwältigen."

Zuletzt noch einige Worte von den Aeußerungen des Reichskanzlers bei der Debatte über die Neubesezung des seit Jahren erledigten Gesandtschaftspostens bei der Curie. Er sagte hier u. a., die mit Rom schwebenden Verhandlungen hätten bis jetzt keine Tragweite, die den Vorredner (Virchow) beunruhigen könnte. Wir wünschten, daß man nicht bloß im Reiche, welches keinen Culturfampf habe, sondern auch in Preußen und andern Bundesstaaten dem Frieden näher und immer näher und zuletzt so nahe komme, wie es irgend mit der seit Jahrhunderten den Gegenstand von Kämpfen bildenden staatlichen Unabhängigkeit, auf die der Staat bestehen müsse, verträglich sei. Diese „Quadratur des Kreises" werde sich vollkommen niemals lösen lassen, wie man sie bisher nie gelöst habe; aber es stehe zu hoffen, daß ein für beide Theile annehmbarer modus vivendi durch eine directe Vertretung beim Vatican zu ermöglichen und dann nützlich sein werde.

Auf den Vorwurf des Abgeordneten Virchow, der Reichskanzler sei inconsequent gewesen, indem er vom Kampfe mit den Klerikalen abgestanden, nachdem er ihn eine Zeit lang lebhaft betrieben habe, erfolgte die Antwort: „Jeder Kampf hat seine Höhe und seine Hitze, aber kein Kampf im Innern zwischen Parteien und der Regierung, kein Conflict kann von mir als eine dauernde und nützliche Institution behandelt werden. Ich muß Kämpfe führen, aber doch nur zu dem Zwecke, Frieden zu erlangen. Diese Kämpfe können sehr heiß werden, und das hängt nicht immer von mir allein ab, aber mein Endziel ist dabei doch immer der Friede. Wenn ich nun glaube, in der heutigen Zeit diesem Frieden mit mehr Wahrscheinlichkeit nahe zu kommen als in der Zeit, wo des Kampfes Hitze entbrannte, so ist es ja an sich meine Pflicht, dem Frieden meine Aufmerksamkeit zuzuwenden, nicht aber weiter zu fechten, bloß um zu fechten gleich einem politischen Raufbold. . . . Kann ich ihn haben, den Frieden, kann ich auch nur einen Waffenstillstand, wie wir deren ja gehabt haben, die Jahrhunderte hindurch gedauert haben, durch einen annehmbaren modus vivendi erlangen, so würde ich pflichtwidrig handeln, wenn ich das nicht acceptiren wollte. Aber selbst wenn ich händelsüchtiger wäre und den Streit fortsetzen wollte, so würde ich das haben aufgeben müssen, nachdem die Bundesgenossen, mit denen in Gemeinschaft ich damals gekämpft habe, mich verlassen oder für ihre weitere Unterstützung Preise verlangt haben, die ich im Hinblick auf das Reich und das Land Preußen nicht gewähren konnte. . . . Wenn ich zuletzt durch die Bewegungen und Verschiebungen, welche innerhalb der liberalen Parteien vorgehen, die mir damals beistanden, aber jetzt nicht mehr für mich sind, vor die Alternative gestellt werde, zwischen einer Annäherung an das Centrum und einer

Annäherung an den Fortschritt zu optiren, so wähle ich aus staatsmännischen Gründen das Centrum. Dasselbe kann für den Staat sehr unbequem werden und ist es geworden, aber nicht so gefährlich wie meines Erachtens der Fortschritt werden kann. . . . Da wähle ich als Politiker, der zu einem Urtheil, zu einer Meinung verpflichtet ist, nothwendig das kleinere Uebel. . . . Ich will sagen, ich wähle die Seite, durch welche meiner Ansicht nach das Staatsschiff weniger in seiner Steuerung genirt und gehemmt wird, ohne gerade Gefahr zu laufen. Wenn ich im Kampfe gegen die ununterbrochen sich drehenden Strömungen und Wirbel der Parteien am Steuerruder des Staates stehe, kann ich nicht alle Jahre, alle Tage und in jedem wechselnden Moment wie ein theoretischer Narr dasselbe thun, was ich vor fünfzehn Jahren etwa gethan habe, während eine vollständig veränderte Situation eingetreten ist, und wenn der Kampf, den ich pflichtmäßig — ich weiß nicht wie viele Jahre — und, ich gestehe gern zu, mit der mir eignen Lebhaftigkeit geführt habe, nicht mehr am Platze, nicht mehr nothwendig ist. Ich ordne diese meine Lebhaftigkeit dem mich beherrschenden Gesetze der *salus publica* bereitwillig unter.“

Wir werden nun sehen, wie das Centrum diesem Entgegenkommen seinerseits entgegenkommt. Daß ein Theil desselben, Windthorst an der Spitze, am Tage nach dieser Rede gegen die Bewilligung der für den Volkswirtschaftsrath verlangten Summe stimmte, läßt das aufkeimende Vertrauen auf die Herren merklich wieder geringer und kühler werden. Uebrigens liegt die Entscheidung ja nicht allein beim Centrum und den Conservativen. Das Zünglein der Wage wird von den Polen, Welsen, Elsaß-Lothringern und Socialdemokraten gebildet; dahin haben es die Demagogen der Secession und ihre Bundesgenossen vom Fortschritte gebracht und, setzen wir hinzu, die Verblendung des Philistertthums, das ihre absurden Phrasen und Lügen für Wahrheit hielt.



Zur socialen Frage.



Wenn man sich eine Vorstellung verschaffen will von der künftigen Gestaltung der Verhältnisse, in welchen sich die bürgerliche Gesellschaft gegenwärtig befindet, so wird die praktischste Methode wohl die sein, daß man ähnliche Perioden in der Vergangenheit zum Vergleiche heranzieht und dann zu ermitteln sucht, inwieweit es wahrscheinlich ist, daß die jetzigen Zustände gleiche Folgen haben werden wie die vergangenen, oder inwieweit unter den veränderten Verhältnissen der Gegenwart gleiche Ursachen verschiedene Wirkungen haben dürften.